

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



# ARMEN EINE STIMME GEBEN



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1 – Einleitung</b>	<b>S. 04</b>
<b>2 – Interview:</b> „Zugänge zum Wohnungsmarkt sind nicht frei von Diskriminierung“	<b>S. 06</b>
<b>3 – Wir wollen wohnen!</b>	<b>S. 08</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>· NRW: Immer mehr Menschen haben keine Wohnung</li> <li>· Folgen von Wohnungsnot</li> <li>· Ein Problem mit Ansage</li> <li>· Interview: „Der Politik fehlt es an sozialer Fantasie“</li> </ul>	
<b>4 – Armen eine Stimme geben</b>	<b>S. 15</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>· <b>Theresa Lindhurst:</b> „Seit ich alleinerziehend bin, fühle ich mich wie eine Zielscheibe“</li> <li>· <b>Angelika Zwering:</b> „Wie können die Politikerinnen und Politiker überhaupt noch in den Spiegel schauen?“</li> <li>· <b>Jürgen Schneider:</b> „Wer anderen Menschen helfen will, der muss nicht immer gleich eine Lösung parat haben“</li> <li>· <b>Silvia Lessig:</b> „Als Familie mit drei Kindern hat man auf dem Kölner Wohnungsmarkt kaum eine Chance“</li> <li>· <b>Günter Maleski:</b> „Ich fühle mich wie weggeschlossen“</li> <li>· <b>Ilse Kramer:</b> „Es muss viel mehr bezahlbaren Wohnraum geben“</li> </ul>	
<b>5 – Fazit</b>	<b>S. 32</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>· Raus aus der Wohnungsnot</li> <li>· Ein Gedicht</li> </ul>	
<b>Impressum</b>	<b>S. 36</b>

# 1

## ARMEN EINE STIMME GEBEN

Der Sozialbericht des Landes NRW gehört seit 1992 zur etablierten Armutsberichterstattung der Landesregierung und ist von allen Parteien anerkannt. Seit 2004 wird der Bericht um den Blick auf Reichtum erweitert, und seit 2007 nimmt die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit wahr, Armut aus der Perspektive der von ihr betroffenen Menschen darzustellen.

Die Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege ist nicht in allen Bundesländern selbstverständlich und gewünscht. Auch deshalb sind die Offenheit des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und dessen Kooperationsbereitschaft positiv hervorzuheben.



Mit der Beteiligung am Sozialbericht 2020 nimmt die Freie Wohlfahrtspflege ihre Rolle als eigenständiger Akteur im Sozialstaat wahr. Ziel ist die Verbesserung von Lebenslagen insbesondere der Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, ausgegrenzt sind oder denen Ausgrenzung droht. Die Interessen von Benachteiligten in den gesellschaftlichen Dialog einzubringen und Benachteiligte bzw. Experten und Expertinnen in eigener Sache für sich selbst sprechen zu lassen, ihnen eine Stimme zu geben – das ist ein Schritt zu mehr Teilhabe in und an der Gesellschaft.

Armut ist nicht einfach die Summe persönlicher Einzelschicksale ohne gesellschaftlichen Hebel zur Verbesserung. Armut ist in erster Linie ein Systemfehler, der menschengemacht ist und daher auch nur von Menschen durch gesetzliche und gesellschaftliche Veränderungen korrigiert werden kann.

Als sozialpolitische Akteure in den Städten und Kommunen sowie auf Länder- und Bundesebene tragen die Verbände dazu bei, für die Lebenslagen einkommensarmer und von sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen zu sensibilisieren und einen politischen Diskurs mit dem Ziel einer Veränderung anzuregen. Dies gilt insbesondere für das Schwerpunktthema dieses Sozialberichts: Der Mangel an angemessenem Wohnraum in Nordrhein-Westfalen.

# 2

## „ZUGÄNGE ZUM WOHNUNGSMARKT SIND NICHT FREI VON DISKRIMINIERUNG“

**Dr. Claudia Mahler vom Deutschen Institut für Menschenrechte erklärt, warum es so schwierig ist, das Menschenrecht auf Wohnen durchzusetzen.**

**Frau Mahler, es ist Aufgabe Ihres Instituts, auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Um das Menschenrecht auf Wohnen ist es angesichts der Wohnungsknappheit in vielen deutschen Städten und Regionen besonders schlecht bestellt, oder?**

Ja, das Menschenrecht auf Wohnen kann nicht von allen Menschen voll in Anspruch genommen werden. Das Menschenrecht ist sowohl in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten als auch im Sozialpakt der Vereinten Nationen verankert. Angemessen zu wohnen ist essenziell für viele weitere Rechte. Denn wer keine eigene Wohnung hat, der hat auch Probleme, das Recht auf Privatheit, auf Eigentum oder auf soziale Sicherheit durchzusetzen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass Wohnen unmittelbar zur physischen Existenz gehört.

**Wie ist es dann möglich, dass so viele Menschen in Deutschland nicht zu ihrem Recht kommen, wenn es um das Wohnen geht?**

Es ist tatsächlich ein großes Problem, dass Anspruch und Wirklichkeit beim Thema Wohnen so weit auseinanderliegen. Das gilt besonders für Menschen, die sich ohnehin in verletzlichen Lebenslagen befinden. Ausgerechnet für sie ist der Zugang zum regulären Wohnungsmarkt nur schwer möglich oder sogar ganz versperrt. Sie können sich die Mieten nicht leisten, haben vielleicht noch ein Suchtproblem, sprechen als Zugewanderte unsere Sprache nicht gut genug, gelten deshalb als nicht vertrauenswürdig und sind für Vermieterinnen und Vermieter sowie Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer eine Risikogruppe. Ein Teufelskreis, der unterbrochen werden muss.

**Wie kann das geschehen?**

Die Realität zeigt immer wieder: Zugänge zum Wohnungsmarkt sind nicht frei von Diskriminierung. Das sollten sie aber eigentlich sein, doch das derzeit gültige Allgemeine Gleich-



behandlungsgesetz (AGG) bietet noch keinen ausreichenden Schutz. Gerade Städte und Kommunen, die doch sonst oft so viel Wert auf Barriere- und Diskriminierungsfreiheit legen, müssten hier mit gutem Beispiel vorangehen und Menschen angemessenen Wohnraum zu angemessenen Preisen anbieten.

**Eine angemessene Wohnung – was heißt das eigentlich genau?**

Angemessen ist eine Wohnung, wenn sie ausreichend Schutz vor Kälte, Hitze und Feuchtigkeit bietet und Gesundheitsschäden vermieden werden. Wenn sie gleichzeitig vor Eingriffen von privater und staatlicher Seite schützt und wenn alle ihr Recht auf Wohnen durchsetzen können.

**Was wäre denn der nächste Schritt, den der Staat, aber auch Länder und Kommunen dazu bringt, das Recht auf angemessenes Wohnen auch umzusetzen?**

Wichtig wäre eine menschenrechtsbasierte ganzheitliche Strategie zum Recht auf Wohnen. Diejenigen, die besonders

von Ausgrenzung betroffen sind, müssen einbezogen werden. Denn nur so kann eine Strategie passgenau werden. Es muss klar sein, dass diese Strategie nur in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden kann. Im besten Fall schaffen wir einen inklusiven Wohnungsmarkt, der allen Menschen rechtlich und faktisch einen angemessenen Zugang bietet und sie schützt.

# 3

## WIR WOLLEN WOHNEN!

### 1. NRW: Immer mehr Menschen haben keine Wohnung

In NRW wurden von den Kommunen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege 44 434 Personen (Stand: Juni 2018) als wohnungslos gemeldet (MAGS 2019, S. 5), deutschlandweit waren es 2017 rund 650 000. Die Zahl derjenigen, die auf der Straße leben oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist offiziell nicht bekannt. Bekannt ist hingegen, dass sich die Zahl der erfassten wohnungslosen Personen in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat. Knapp jede fünfte wohnungslose Person war jünger als 18 Jahre, fast jede dritte zwischen 18 und 30 Jahre. Zwei Drittel waren männlich, und knapp die Hälfte hatte eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (MAGS 2019, S.5f).

Grundsätzlich gilt: Nicht alle diese Personen leben auf der Straße. Viele sind in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder in Notunterkünften nach dem Ordnungsbehördengesetz untergebracht. Andere hingegen kommen bei Verwand-

ten oder Freunden unter oder gehen Beziehungen ein, um nicht obdachlos zu werden.

Was viele Menschen daran hindert, eine Wohnung zu finden, ist einerseits die Knappheit an Wohnraum, andererseits die Höhe der Miete. Die Anteile der Ausgaben für den Grundbedarf sind vor allem für Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, gestiegen.

Im Sozialbericht 2016 heißt es dazu: „... sowohl bei den Singlehaushalten, als auch bei den Paarhaushalten mit zwei Kindern hat vor allem in den unteren zwei Quintilen der Anteil der Haushaltsnettoeinkommen, die für die Posten Wohnen, Nahrung und Bekleidung aufgewendet werden, von 2003 bis 2013 zugenommen“ (MAIS 2016, S. 152).

Und der Sozialbericht 2016 schreibt weiter: „Single-Haushalte im untersten Einkommensquintil wenden durch-



### 2. Folgen von Wohnungsnot

schnittlich 83,1 Prozent ihres Einkommens für die Bereiche Wohnen, Nahrungsmittel und Bekleidung auf. Bis einschließlich dem dritten Quintil wird mehr als die Hälfte der Einkommen für den Grundbedarf aufgewendet ...“ (MAIS 2016, S. 152) (Anmerkung: Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2013).

Auch wenn für 2019 und 2020 noch keine belastbaren Zahlen vorliegen: Es ist angesichts der steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt, der nicht wesentlich gestiegenen Regelsätze (2008: 351 Euro; 2013: 382 Euro; 2020: 432 Euro) und der gedeckelten angemessenen Kosten der Unterkunft durch die Kommunen nicht davon auszugehen, dass sich eine spürbare Entlastung bei den Ausgabenanteilen ergibt.

Was es aber für jeden einzelnen Menschen heißt, auf dem Wohnungsmarkt keine Chancen zu haben, weil beispielsweise die Miete zu hoch ist oder durch Trennung zwei Wohnungen benötigt werden, können Zahlen nicht ausdrücken. Im Gegenteil: Sie schaffen eine Distanz zu den Betroffenen und verschleiern die zur Armut führenden strukturellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Folge: Lösungen, die aus Lebenssituationen abgeleitet werden können und der Hilfe dienen, können weder erkannt noch zur Weiterentwicklung oder Umsetzung genutzt werden.

Was bedeuten aber diese Zahlen für die Menschen mit geringem Einkommen? Es liegt auf der Hand, dass Menschen im unteren Einkommensbereich Monat für Monat um ihre Existenz kämpfen. Unerwartete Ausgaben können schnell zu Schulden führen. Im schlimmsten Fall kann es zum Wohnungsverlust durch eine Zwangsräumung kommen. In NRW gab es





im Jahr 2018 für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher 16 704 Aufträge zur Zwangsräumung – nirgendwo in Deutschland gab es mehr (insgesamt 54 010 Fälle). Inwieweit all diese Aufträge auch umgesetzt wurden, ist nicht bekannt. Aber nicht nur eine Räumung bringt Menschen mit geringem Einkommen in eine Zwangslage. Auch Sanktionen wie das Sperren des Stroms haben fatale Folgen im Alltag. 2018 wurde laut Bundesnetzagentur fast 100 000 Menschen in NRW der Strom abgestellt. Dies bedeutet, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ohne Licht, Kühlschrank, warmes Wasser oder Heizung auskommen müssen. Stromsperren werden unter Umständen dabei schon bei einem Zahlungsrückstand von 100 Euro verhängt.

Wohnungsnot samt allen damit verbundenen existenziellen Nöten trifft in den allermeisten Fällen Menschen mit geringem Einkommen in meist schwierigen Lebens-

lagen. Besonders häufig leiden folgende Gruppen darunter:

- Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren
- Alleinstehende
- Alleinerziehende

**Fazit:** Eine Veränderung der Lebensverhältnisse (Trennung, Tod des Partners/der Partnerin, Pflege von Angehörigen, eigene Erkrankung oder Erkrankung der Partnerin/des Partners, Arbeitslosigkeit, Nachwuchs, Umzug in eine andere Stadt) zieht meist eine Wohnraumveränderung nach sich. Egal welche Veränderung sich ergibt, sie ist immer mit diesen Fragen verbunden:

- Wie schnell finde ich eine Wohnung?
- Was kann ich mir leisten?
- Welche Abstriche muss ich machen bzgl. der Mobilität?
- Sind die Nebenkosten zu hoch?
- Welche soziale Infrastruktur finde ich vor (Kindergarten, Schule, Arztpraxis usw.)?

### 3.

#### Ein Problem mit Ansage

Die wesentlichen Ursachen von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit liegen in einer seit Jahrzehnten fehlgeschlagenen Wohnungspolitik in Deutschland. Hinzu kommen geringe Löhne, zu geringe Regelsätze und die Unterdeckung von Mieten im Bereich des SGB II und SGB XII.

#### An folgenden Schieflagen hat sich in vielen Jahren wenig bis nichts verändert:

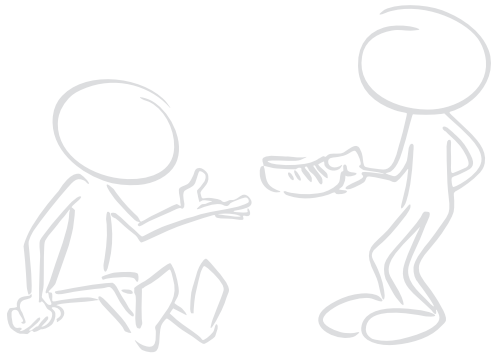
1. Seit 2002 nimmt die Zahl der Sozialwohnungen durch das Auslaufen von Sozialbindungen ab. Diesem wurde nicht mit einem Neubau gegengesteuert. Zugleich haben Kommunen und das Land eigene Wohnungsbestände meistbietend an private Investorinnen und Investoren verkauft und sich damit geeigneter Reserven preiswerter Wohnraums beraubt.
2. Anstelle einer sozialen Wohnungspolitik wurde die Wohnung als Ware betrachtet und

dem freien Spiel des Marktes überlassen. Die Konsequenzen in den Ballungsräumen: Große Wohnungsbestände in attraktiven Lagen stehen wegen der fortschreitenden Gentrifizierung Miethaushalten mit geringem Einkommen nicht mehr zur Verfügung.

3. Die Landesdarlehen reichen nicht aus, um für den Mietpreis von 6,50 Euro pro Quadratmeter wirtschaftlich Wohnungen zu bauen. Grundstücke, die der Kommune, dem Land oder dem Bund gehören, werden immer noch nicht dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Ist ein Grundstück bereits einer Investorin oder einem Investor zugesprochen, fehlt häufig die Auflage, Wohnungen im Sinne des sozialen Wohnungsbaus für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors, der atypischen

<sup>1</sup> BAG Wohnungslosenhilfe: [www.bagw.de/theman/zahl\\_der\\_wohnungslosen/index.html](http://www.bagw.de/theman/zahl_der_wohnungslosen/index.html)

<sup>2</sup> Süddeutsche Zeitung vom 28. September 2019.



Beschäftigung sowie durch den unzureichenden Arbeitslosengeld-II-Regelsatz verfestigt. Menschen mit geringem Einkommen müssen einen wesentlich größeren Anteil ihrer Einkünfte für das Wohnen aufbringen als Menschen mit hohem Einkommen. Es gilt: Je höher das Einkommen, desto geringer der Wohnkostenanteil. Einkommensarme Menschen geraten oft in eine Verschuldungsspirale, an deren Ende der Wohnungsverlust stehen kann. Und wer erst einmal Miet-, Energie- oder sonstige Schulden hat, der ist durch

den negativen Schufa-Eintrag nahezu chancenlos auf dem Wohnungsmarkt.

5. Schließlich gibt es strukturelle Defizite, Auftragsstau in der Bauwirtschaft und übermäßig lang andauernde Baugenehmigungsverfahren. Einspruchs- und Widerspruchsverfahren sowie Bürgerbegehren zur Verhinderung der Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten ziehen Planungen in die Länge oder verhindern Projekte ganz.

<sup>3</sup> „Der Begriff Gentrifizierung wurde in den 1960er Jahren von der britischen Soziologin Ruth Glass geprägt, die Veränderungen im Londoner Stadtteil Islington untersuchte. Abgeleitet vom englischen Ausdruck „gentry“ (niederer Adel) wird er seither zur Charakterisierung von Veränderungsprozessen in Stadtvierteln verwendet und beschreibt den Wechsel von einer statusniedrigeren zu einer statushöheren (finanzkräftigeren) Bewohnerschaft, der oft mit einer baulichen Aufwertung, Veränderungen der Eigentümerstruktur und steigenden Mietpreisen einhergeht.“ <http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-42011/was-ist-eigentlich-gentrifizierung.html>



„Der Politik  
fehlt es  
an sozialer  
Fantasie“

In Berlin sanierte er Wohnungen für Roma, in Köln verwaltet er integrierte Wohnprojekte für Deutsche und Flüchtlinge. Benjamin Marx, Projektentwickler der katholischen Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft, sagt: Wer die Wohnungsnot beheben will, braucht Kreativität.

**Lieber Herr Marx, warum tun sich Städte und Kommunen so schwer damit, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen?**

Ein Grund ist, dass Wohnungsbau derzeit eher im oberen Segment beginnt. Wenn man es mit der Autobranche vergleicht, muss man sagen: Wohnungsbau fängt beim 3er-BMW an. Darunter ist es für Investierende uninteressant. Es werden gezielt vor allem nicht öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, auch um Auflagen wie Barrierefreiheit zu umgehen. Viele bauen auch gar nicht erst, weil sie sich nicht mit den Ämtern anlegen wollen: Die Vorschriften in Sachen Brandschutz, Schallschutz oder Energietechnik sind exorbitant gestiegen und machen Wohnungsbau immer teurer.

**Die Folgen sind mangelnder Wohnraum für Familien und Alleinstehende, exorbitante Mieten, Quartiere, die kippen. Was muss sich ändern?**

Die Städte und Kommunen müssen ihre Standards überdenken. In Köln fehlen

50 000 Wohnungen, vor allem kleinere Wohnungen um die 50 Quadratmeter – für ältere, jüngere Paare oder Studierende. Die Stadt hat genau wie wir als Kirche eine soziale Verantwortung und darf sich nicht verhalten wie ein Hedgefonds. Das heißt, Baugenehmigungen dürfen nur noch dann erteilt werden, wenn die Miete eine bestimmte Höhe nicht überschreitet.

**Wie kann das funktionieren?**

Das Münchener Modell ist hier beispielhaft. Die Stadt knüpft Baugenehmigungen an die Zusage von Bauherren, dass Haushalte mit mittleren Einkommen und Familien mit Kindern vergünstigt zur Miete wohnen können. Die Höhe liegt zwischen 7,50 Euro und 11 Euro je Quadratmeter Wohnfläche im Monat. Ziel ist es, 20 bis 25 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete zu bleiben.

**Bezahlbarer Wohnraum ist das eine, die Gefahr der Gettoisierung das andere. Schauen Sie sich Köln-Chorweiler an, wo vor allem ärmere Menschen, die weniger Miete zah-**

**len können, in Hochhäusern wohnen. Ist das die zwangsläufige Folge des sozialen Wohnungsbaus?**

Nein, Chorweiler ist kein Getto. Hoch heißt nicht automatisch arm. Wir müssen aber darauf achten, dass wir – wenn es um Hochhäuser geht – vertikale Dörfer bauen und keine Schlafstätten. Die Infrastruktur muss sich mitentwickeln. Die Menschen müssen hier leben, arbeiten und einkaufen können. Und vor allem: Wir brauchen soziale Vielfalt! Die Entmischung, die wir in diesen Quartieren auch sehen, ist das eigentliche Problem und vor allem eine Folge verfehlter Politik.

**Merkmal der Projekte, die Sie angestoßen oder mitentwickelt haben, ist, dass sich hier Menschen verschiedener Herkunft begegnen. In Berlin-Neukölln haben Sie einen Wohnkomplex saniert, in dem heute Berlinerinnen und Berliner und zugezogene Roma leben, im gerade eingeweihten Klarissenkloster in Köln leben Kölnerinnen und Kölner und Flüchtlinge Tür an Tür. Inwieweit könnte die Politik von solchen Projekten lernen?**

Das Problem der Politik ist doch, dass ihr die soziale Fantasie fehlt. Politikerinnen und

Politiker beklagen oft Parallelgesellschaften, dabei leben sie selbst in einer und verkennen, dass Wohnungsnot ein drängendes Problem ist. Es muss sich wirklich schleunigst etwas tun, sonst nehmen die sozialen Spannungen zu. Mit dem 2012 eingeweihten Haus für Roma und Berlinerinnen und Berliner haben wir gezeigt, dass es funktioniert, Bevölkerungsgruppen zu mischen, auch Vorurteile abzubauen. Das Quartier lebt, weil der Ansatz ein kreativer ist. Das ist meine Botschaft.

**Viele Investorinnen und Investoren beklagen, dass die Auflagen, vor allem in Sachen Brandschutz, immer weiter steigen.**

Wenn Sie den Brandschutz aus Köln nach Berlin mit seinen großen Altbaubeständen und vielen Hinterhöfen übertragen würden, müssten Sie fast alle Wohnungen stilllegen. Daran sieht man, wie willkürlich er ist. Denn nach dieser Logik sind die Menschen in älteren Bestandsbauten weniger wert. Oder warum gilt der vermeintlich so wichtige Brandschutz nur für neue Wohnungen? Das ist zynisch. Man sollte beim Brandschutz also auf ein normales Maß zurückkehren.

[Das Interview führte Markus Harmann](#)

---

**Info:** Benjamin Marx, 65, ist studierter Psychologe und Projektleiter der katholischen Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft. Die Immobiliengesellschaft wurde 1949 unter dem Leitwort „Wohnungsbau ist Dombau“ gegründet. Sie besitzt und verwaltet heute 25 000 Wohnungen vor allem in Köln, Düsseldorf, Essen und Berlin.

# 4

## ARMEN EINE STIMME GEBEN. WIR WOLLEN WOHNEN!



Schon seit Jahren warnt die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vor knapper werdendem Wohnraum, steigenden Mieten und der anwachsenden Zahl Wohnungsloser. Insbesondere für einkommensarme Menschen mit zusätzlichen Hemmnissen wie Erkrankungen, Schulden oder körperlichen Handicaps ist es immer schwieriger geworden, eine angemessene Wohnung zu finden oder die eigene Wohnung aufgrund von Mietsteigerungen zu halten.

So setzten sich auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft die Teilnehmenden des ersten Treffens von Menschen mit Armutserfahrung in Nordrhein-Westfalen 2018 mit der schlechten Wohnsituation von Menschen in besonderen Lebenslagen und Schwierigkeiten auseinander.

Auch wenn Nordrhein-Westfalen mit der Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit „Endlich ein ZUHAUSE“ gute Impulse setzt und deutlich wird, dass die Problematik auch in der Politik angekommen ist, fehlt es an einer durchgreifenden Strategie mit dem Ziel, bezahlbares Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen und mit einem Controlling dafür zu sorgen, dass sich auch Kommunen und Landkreise ausreichend beteiligen.

Im Kapitel „Armen eine Stimme geben. Wir wollen wohnen!“ kommen Frauen und Männer zu Wort, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, angemessenen Wohnraum zu finden oder ihre Wohnung zu halten. Menschen, die häufig mit weiteren Herausforderungen zu kämpfen haben, die aber gleichzeitig mutig von ihren Erfahrungen berichten und so die nüchternen Zahlen und Fakten dieses Sozialberichts lebendig werden lassen.



„Seit ich  
alleinerziehend bin,  
fühle ich mich  
wie eine  
Zielscheibe“



Für Theresa Lindhurst, 49, zwei Kinder, sind vor allem die Erfahrung mit Ämtern und die Suche nach einer größeren Wohnung zermürend.

Mit ihrer 18-jährigen Tochter Ella und dem neunjährigen Sohn Paul\* lebt Theresa Lindhurst in einer Dreizimmerwohnung im Kölner Stadtteil Kalk. Sie würde gern umziehen, raus aus Kalk, in eine größere Wohnung. Obwohl sie Vollzeit arbeitet und nicht schlecht verdient, ist das Budget stets knapp. Der Vater der Tochter, die noch zur Schule geht, zahlt seit Jahren keinen Unterhalt. Wegen hoher Anwaltskosten ist sie verschuldet. Von den Behörden fühlt Theresa Lindhurst seit Jahren nur Gegenwind: „Seit ich alleinerziehend bin, fühle ich mich wie eine Zielscheibe“, sagt die 49-Jährige.

Nach einer Trennung kam Theresa Lindhurst vor zwölf Jahren zurück nach Köln, dort wohnte der Vater ihrer Tochter, dort waren ihre Freunde. Schon damals, so erinnert sie sich, war es schwierig, eine Wohnung zu finden. Sie zog in eine Dreizimmerwohnung im Stadtteil Kalk – obwohl diese eigentlich als Übergangslösung gedacht war, lebt sie heute noch immer dort. Mit einem neuen Partner bekam sie einen Sohn, kurz nach der Geburt folgte die Trennung. Schnell begann sie, wieder Vollzeit zu arbeiten. „Ich gehöre wahrscheinlich zu den besser verdienenden Alleinerziehenden“,

sagt Theresa Lindhurst. „Ich will mir nicht vorstellen, was wäre, wenn ich nur Teilzeit arbeiten könnte.“ Rund 2 400 Euro bleiben ihr netto im Monat, davon zahlt sie 950 Euro Miete für die 80 Quadratmeter große Wohnung und einen Stellplatz. „Ich glaube nicht, dass wir bei meinem Verdienst Anspruch auf Wohngeld hätten, aber ich kann mich auch nicht darum kümmern, denn für die ganze Bürokratie bleibt mir keine Zeit.“

Ähnlich resigniert hat sie bei der Wohnungssuche. Gern würde sie aus Kalk wegziehen, ihre Tochter ist mehrfach auf der Straße auf unangenehme Weise angesprochen worden. Die ganze Familie trainiert darum inzwischen Kampfsport. Auch ein weiteres Zimmer wäre gut, denn Mutter und Sohn teilen sich einen Raum. Vor einiger Zeit hat Theresa Lindhurst noch mal eine Offensive gestartet, hat Anzeigen auf Immobilienportalen geschaltet. „Kein Mensch hat sich darauf gemeldet.“ Sich selbst auf Wohnungsanzeigen zu bewerben, das hat sie längst aufgegeben: „Ich habe nicht die Zeit, jedes Wochenende zu Besichtigungen zu gehen, mich in lange Schlangen zu stellen, um die Wohnung als Alleinerziehende am Ende doch nicht zu bekommen.“ Mit Ämtern

hat sie ihre ganz speziellen Erfahrungen gemacht. Mit der Stadt Köln hat sie Prozesse geführt, ebenso mit der Stelle für Unterhaltsvorschuss, nachdem der Vater der Tochter aufgehört hatte, Unterhalt zu zahlen. Auch wenn sie alle Prozesse gewann, so hat sie sich für die Anwaltskosten hoch verschuldet.

Sehr belastend empfindet Theresa Lindhurst die ständig fehlende Zeit und den großen Druck, alles allein schaffen zu müssen. Ihr Alltag ist auf die Minute durchgetaktet. Von Kalk aus fährt sie ihren Sohn jeden Morgen auf die andere Rheinseite in seine bilinguale Grundschule. Die Zweisprachigkeit ist der gebürtigen US-Amerikanerin wichtig, die Kosten teilt sie sich mit Pauls Vater, außerdem handelt es sich um eine Ganztagschule. „Die Kinder sind dort bis 18 Uhr betreut. Bei jeder normalen Grundschule hätte ich ein Problem – und jede Menge Zusatzkosten für Kinderbetreuung“, sagt Theresa Lindhurst. Von dort fährt sie zurück über den Rhein, zu ihrem Arbeitsplatz nach Köln-Porz. Nach einem achtstündigen Arbeitstag dann den ganzen Weg wieder zurück. Abends stehen noch Haushalt und Papierkram an. Ein hartes Pensum: „Es gibt Tage, da fange

ich auf dem Weg zur Arbeit einfach an zu weinen“, sagt Theresa Lindhurst.

Druck, der Spuren hinterlässt. „Ich habe oft Albträume, träume davon, dass das Auto kaputtgeht und ich nicht mehr zur Arbeit fahren kann.“ Von Politik und Gesellschaft würde sie sich mehr Unterstützung für Alleinerziehende wünschen: „Bürokratie müsste abgebaut werden. Es müsste mehr Anlaufstellen für Alleinerziehende geben, wo man erfährt, was einem alles zusteht. Es fehlen niederschwellige Hilfsangebote. Man hat ja Angst, um Hilfe zu bitten, weil man fürchten muss, dass das Amt einem dann die Kinder wegnimmt.“ Und sie fügt hinzu: „Ich denke manchmal, der Staat möchte nicht, dass es unseren Kindern zu gut geht. Was am meisten schmerzt, sind die hohen Steuern, die ich zahlen muss. Mit Steuerklasse III hätte ich rund 300 Euro mehr im Monat zur Verfügung. Wenn mir mehr Geld bliebe, könnte ich etwas sparen, etwas fürs Alter zurücklegen, mir vielleicht sogar eine Putzfrau leisten.“ Oder einmal Urlaub machen mit ihren Kindern – das wäre ihr Traum –, doch das gibt das Budget einfach nicht her.

\*Namen der Kinder geändert

## MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt trifft Menschen mit Behinderung besonders hart. Aufgrund ihrer Einkommenssituation sind viele dieser Menschen auf öffentlich geförderte und mietpreisgebundene Wohnungen angewiesen. Dass die Zahl solcher Wohnungen sinkt, trifft Menschen mit Behinderung also besonders hart. Dies umso mehr, da die Wohnungen nicht nur bezahlbar sein müssen, sondern auch möglichst barrierefrei.

Da die Wohnraumförderung des Landes überwiegend in Städte und Regionen mit einem hohen Mietniveau fließt, verschärft sich die Wohnungsnot für Menschen mit Behinderung in kleineren Städten und Gemeinden. Denn diese profitieren von der Förderung häufig nicht, weil die Mieten hier im Schnitt meist etwas günstiger sind. Dazu gehören immerhin 75 Prozent aller Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

Der stagnierende Bau von öffentlich geförderten Mietwohnungen in diesen Regionen hindert somit die Menschen mit Behinderung an einer selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass auch die Einrichtungen und Dienste, in denen Menschen mit Behinderung leben, zunehmend von der angespannten Situation am Wohnungsmarkt betroffen sind. Das wiederum wirkt sich nachteilig auf Zahl und Qualität angebotener sozialer Hilfen und Therapieanstrengungen aus. Dies wiegt umso schwerer, weil aufgrund der seit Jahren von den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe vorgegebenen Deckelung stationärer Plätze in der Behindertenhilfe dringend zusätzlicher Wohnraum für Menschen mit Behinderung hätte geschaffen werden müssen.

Diese Entwicklung konterkariert aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die schrittweise Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), das sich an der UN-Behindertenrechtskonvention orientiert und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern soll. Doch solange diese Menschen kaum bezahlbare und barrierefreie Wohnungen in zentralen Lagen finden, kann für viele Menschen von einer echten gesellschaftlichen Teilhabe keine Rede sein.



„Wie können die Politikerinnen und Politiker überhaupt noch in den Spiegel schauen?“

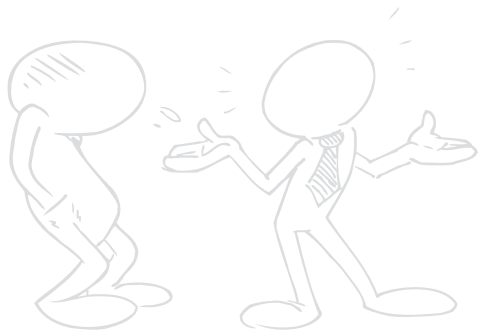
**Angelika Zwering, 66, muss mit kleinem Budget auskommen. Ihre Erfahrungen haben sie zu einer Aktivistin für arme Menschen gemacht.**

Angelika Zwering lebt in Monheim am Rhein. Obwohl die Rentnerin und ihr inzwischen verstorbener Mann immer hart gearbeitet haben, bleiben der 66-Jährigen heute gerade einmal 300 Euro im Monat zum Leben. Ein enges Budget, das Sparsamkeit und gutes Wirtschaften verlangt. Gern würde sich Angelika Zwering etwas dazuverdienen mit einem 450-Euro-Job. Doch wegen ihrer Schwerbehinderung gibt ihr niemand die Chance dazu. Aktiv ist die 66-Jährige trotzdem: Unter anderem kocht sie einmal pro Woche ehrenamtlich für Bedürftige beim SkF Langenfeld, und auch in der Nationalen Armutskonferenz setzt sie sich für die Belange von Betroffenen ein.

Obwohl erst der 21. des Monats ist, befinden sich im Portemonnaie von Angelika Zwering gerade einmal vier Euro. Das Geld, mit dem sie die restlichen Tage des Monats auskommen muss. Die 66-Jährige hat gelernt, sich einzurichten: „Ich lege mir zu Anfang des Monats Vorräte an, damit ich auch am Ende des Monats noch satt werde.“ Gerade jetzt, im Herbst, sei es gar nicht schwer, sich auch mit kleinem Budget gut zu ernähren: „Es gibt alle möglichen Gemüsesorten frisch und günstig zu kaufen. Ich

bereite mir größere Mengen zu und friere mir einzelne Portionen ein.“ So schafft sie es, über die Runden zu kommen. Schwierig wird es, wenn größere Anschaffungen anstehen. „Im letzten Jahr ist meine Waschmaschine kaputtgegangen, eine neue zu kaufen ist einfach nicht drin“, sagt Angelika Zwering. Zum Glück gibt es in dem Haus, in dem sie lebt, Gemeinschaftswaschmaschinen. „Wenn ich neue Kleidung brauche, spare ich, bis ich das Geld zusammenhabe. Ich warte lieber, bis ich etwas von besserer Qualität kaufen kann, die Sachen halten dann einfach länger.“ Ins Theater würde sie gern einmal wieder gehen, „aber das geht eben nicht“.

Zwei Söhne hat Angelika Zwering großgezogen, zusammen mit ihrem Mann war sie viele Jahre selbstständig. Sie führte ein kleines Lotto-Geschäft, ihr Mann einen Malerbetrieb, am Wochenende waren sie mit ihrem Briefmarkenhandel auf Messen und Börsen unterwegs. Die Familie lebte in einem schönen Bungalow am Rande von Monheim. „Mein Mann war unheimlich fleißig, sein Antrieb war immer, dass es uns einmal besser gehen sollte.“ Doch irgendwann hatte der Malerbetrieb große



Außenstände, weil Kunden ihre Rechnungen nicht bezahlten, Probleme mit den Steuerbehörden kamen hinzu. Das Lotto-Geschäft musste verkauft werden, dann auch das Haus. Die Familie war plötzlich auf die Hilfe des Jobcenters angewiesen. Das war 2009. Im Jahr darauf erkrankte ihr Mann an Krebs, 2011 verstarb er. Wegen ihrer Schwerbehinderung durfte Angelika Zwering zumindest in der 60 Quadratmeter großen Wohnung bleiben, die sie noch mit ihrem Mann bezogen hatte. „Die war laut Jobcenter eigentlich zehn Quadratmeter zu groß für mich.“

Ihre eigenen Erfahrungen mit den Behörden haben Angelika Zwering zu einer Aktivistin für die Anliegen armer Menschen gemacht. Über den SkF in Langenfeld hat sie Langzeitarbeitslose betreut, sie zum Jobcenter oder zu Arztbesuchen begleitet. Inzwischen kocht sie einmal pro Woche für Bedürftige, „die freuen sich, wenn ich komme, die lieben mein Essen“, an einem anderen Tag backt sie Waffeln für die Bewohnerinnen und Bewohner eines Altenheims, für die Polizei will sie künftig Seniorinnen und Senioren über die Enkeltrick-Masche aufklären.

Doch sie ist nicht nur eine Frau der Taten, sie ist auch eine Frau der Worte geworden: Für die Nationale Armutskonferenz

fährt sie zu Kongressen und vertritt dort die Positionen der Betroffenen, hält Reden, beteiligt sich an Diskussionen. Wie zum Beispiel im Frühjahr 2019 beim Symposium zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In der Politik läuft so einiges schief, findet Angelika Zwering: „Das macht mich richtig wütend. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, sollte im Alter von seiner Rente leben können.“

Und wer heute Vollzeit arbeitet, der sollte so viel verdienen, dass er seine Familie ernähren kann. Ich frage mich oft: Wie können die Politikerinnen und Politiker überhaupt noch in den Spiegel schauen?“ Ihr Einsatz hilft nicht nur anderen, sondern auch ihr selbst: „Ich bin selbstbewusster geworden und bekomme Anerkennung, das tut mir sehr gut.“

Diese Energie würde sie gern auch in eine bezahlte Tätigkeit stecken, doch dazu gibt ihr niemand die Chance. „Ich würde jeden Job annehmen, den ich körperlich hinkriege.“ Dann könnte sie sich hier und da einen kleinen Wunsch erfüllen – „mal mit Freundinnen essen gehen“ – oder Geld zurücklegen für ihren großen Traum: „Noch einmal 14 Tage Urlaub an meiner geliebten Nordsee machen. Das werde ich irgendwann auch schaffen, da bin ich sicher. Ich gebe nicht auf!“

## ALLEIN- ERZIEHENDE

41,5 Prozent aller Personen aus Alleinerziehenden-Haushalten leben in Armut, so der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2019. Damit stieg die Quote innerhalb von zehn Jahren um 4,5 Prozent. Das große Risiko von alleinerziehenden Müttern und Vätern, in Armut zu leben, ist seit Jahrzehnten bekannt. Dennoch ist zu wenig getan worden, um gegenzusteuern. Statt etwa eine Grundsicherung für Kinder einzuführen, wird an einzelnen kleinen Stellschrauben gedreht. Ob Kinderzuschlag oder Bildungs- und Teilhabepaket – zwar erhöhten sich einzelne Leistungen, doch um von ihnen zu profitieren, ist meist ein hoher bürokratischer Aufwand nötig.

Wer Sozialleistungen benötigt, muss sich auskennen, braucht einen langen Atem oder fachliche Hilfe. Das System an sich wird von der Politik bis heute nicht in Frage gestellt. So ist die Kinderbetreuung nach wie vor nur unzureichend ausgebaut, der Niedriglohnsektor groß und der Dschungel der Leistungen für manche undurchdringlich: Kinderzuschlag, Kindesunterhalt, Unterhaltsvorschuss, Einkommensfreibeträge, Wohngeld und Asylbewerberleistungen. Diese Liste ließe sich fortsetzen.



Viele der Alleinerziehenden kommen nicht über die Runden, selbst wenn sie Vollzeit arbeiten. Angesichts niedriger Rentenbeiträge ist Altersarmut beinahe vorprogrammiert. Wichtig sind daher höhere Regelsätze in den Sozialgesetzbüchern II und XII, ein auskömmlicher Mindestlohn und mehr Hilfen und Angebote in der Kinderbetreuung.

„Wer Menschen  
helfen will, der  
muss nicht immer  
gleich eine Lösung  
parat haben“



**Jürgen Schneider, 55, ist seit mehr als 25 Jahren wohnungslos. Das hindert ihn nicht daran, sich für andere einzusetzen. Denn er weiß: Obdachlose haben keine Lobby.**

Jürgen Schneider zieht seinen Personalausweis aus dem Portemonnaie. „Anschrift: Stadt Köln“ steht da auf dem Aufkleber der Rückseite. Bis vor Kurzem gab es diesen Aufkleber noch nicht. „Kein Hauptwohnsitz in Deutschland“ war stattdessen zu lesen. „Das wurde mir irgendwann zu bunt“, sagt Jürgen Schneider und lacht. „Einige dachten, ich würde auf Mallorca wohnen.“ Kaum einer glaubte ihm nämlich, dass er gar keinen Wohnsitz hat – weder in Deutschland noch im Ausland. Seit mehr als 25 Jahren lebt Jürgen Schneider aus dem Rucksack. Er reist kreuz und quer durch Deutschland. Genauer gesagt: Er wandert, fährt mit dem Bus, dem Zug, lässt sich im Auto mitnehmen.

Jürgen Schneider, 55 Jahre, nie verheiratet, keine Kinder, abgebrochene Bäckerlehre, lange, lockige Haare, dichter grauer Bart. Ein bisschen erinnert er an Rainer Langhans, 68er-Ikone und Alt-Kommunarde, als er aus dem Schatten des Kölner Doms tritt. Pünktlich auf die Minute. Er ist mit der Bahn gekommen, aus Oldenburg. Wie lange er bleibt? „Zwei, drei Tage, dann geht's weiter.“

Schneider hat keine feste Bleibe. Im Gegensatz zu den meisten Wohnungslosen sucht Schneider allerdings auch keine. „Man kann mich nicht mehr ansiedeln“, sagt er, während er über den Kölner Roncalliplatz hinunter zum Rhein spaziert. Ein Versuch, zurückzukehren ins bürgerliche Leben, sei vor Jahren kläglich gescheitert. In Mainz wurde er kurz sesshaft, hatte sogar einen Job, ein Sozialarbeiter kümmerte sich um ihn. Doch das Experiment misslang. Was vor allem an Schneider selbst lag: „Ich möchte nicht so sein, wie die Leute mich haben wollen“, sagt er und wirkt zufrieden. Persönliche Freiheit gehe ihm über alles.

Über seine Kindheit in Solingen möchte er eigentlich nicht sprechen, sagt nur, dass er seinen Eltern „wenig Freude“ gemacht habe, ständig ausgerissen und im Heim gelandet sei. Das unstete Leben wurde seins. Bis heute weiß er nicht, was aus seinen Eltern und Geschwistern wurde. Ein Leben auf der Durchreise, unterwegs zu Hause. Heimat? „Jedenfalls nicht an einen Ort gebunden, nur an Menschen“, sagt Schneider.

Heute vertraue er darauf, dass es schon irgendwie klappen werde – mit dem Essen, dem Schlafen, dem Geld, das er sich beim

Jobcenter abholen muss. Er hat sich im Laufe der Jahre ein Netzwerk geschaffen: Schlafplätze, darunter ein Kloster in Dinklage, ein privates Postfach in Stadthagen westlich von Hannover, Bekannte in ganz Deutschland. Sehr selten nur noch schläft er im Freien oder in Notunterkünften.

Sein Smartphone klingelt. Ein alter Bekannter und Mitstreiter. Er will von Jürgen Schneider wissen, wie der Ablauf ist beim Treffen der Menschen mit Armutserfahrung in einigen Monaten. Mehrmals im Jahr findet ein solches Treffen statt, meist in Berlin und Köln. Dutzende Menschen kommen dann zusammen, sie alle verbindet, dass sie zum Beispiel wohnungslos, arbeitslos oder alleinerziehend sind. Deshalb organisieren sie sich – und Jürgen Schneider ist einer ihrer Sprecher.

Er weiß, dass vor allem Wohnungslose keine Lobby haben – im Gegensatz zu Menschen mit Behinderung oder Alleinerziehenden. Auch deshalb engagiert er sich. Sein Vorteil: Die, für die er eintritt, nehmen ihn als einen aus ihrer Mitte wahr und vertrauen ihm. „Um das machen zu können, muss ich glaubwürdig sein“, sagt er, als er aufgelegt hat.

Neulich hatte er mal mit einem Pressesprecher aus einem Bundesministerium

zu tun. Lobbyarbeit auf höchster Ebene. Der Mann war skeptisch, als er Schneider mit seinem Rauschebart sah. „Der nahm mich erst nicht ernst, wollte das Gespräch schnell beenden, hörte dann aber doch zu.“ Schneider erlebt das immer wieder, wenn er mit Menschen, die in der Politik tätig sind, oder Funktionärinnen und Funktionären spricht. „Es ist manchmal schwer zu vermitteln, dass ich eigenständig denken kann.“

Genau das mag Schneider nicht an unserer Gesellschaft, und deshalb möchte er sich auch nicht so ganz integrieren. „Viele sehen nicht zunächst den Menschen, sondern nur eine Schublade“, sagt Schneider. Jemand hat ein bestimmtes Aussehen, ein bestimmtes Leben – und schon ist er auf eine Rolle festgelegt.“ Mit diesem Denken will er brechen, das ist seine Mission.

Nie habe er ein Alkohol- oder Drogenproblem gehabt. „Das ist selbst Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern schwer zu vermitteln. Die wollen mir immer helfen, aber ich brauche diese Hilfe nicht“, sagt er und nippt an seinem Kaffee.

Wer anderen Menschen helfen wolle, der müsse nicht immer gleich eine Lösung parat haben, sagt er. „Einfach nur mal zuhören, das reicht oft schon.“



## OBDACHLOSIGKEIT – EXTREMSTE FORM DER ARMUT

Ende Juni 2018 waren in Nordrhein-Westfalen 44 434 Menschen wohnungslos gemeldet. Ein deutlicher Anstieg, ein Jahr zuvor lag diese Zahl noch bei 32 300 (MAGS 2018, S. 5). Hinzu kommen nach Einschätzung der Caritas in NRW rund 5 000 Frauen und Männer, die schutzlos auf der Straße leben, also akut obdachlos sind. Auch deren Zahl steigt – vor allem in den Städten und Ballungsräumen. Der Anstieg ist auch eine Folge der Zuwanderung aus anderen Staaten der EU und der großen Zahl Geflüchteter – immer mehr Menschen konkurrieren also um das knapper werdende Gut Wohnraum.

Zwar haben Obdachlose in der Regel ein Anrecht auf eine Unterbringung in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe. Das jedoch lehnt ein Teil der Menschen ab. Manche scheuen Massenunterkünfte ohne Privat- und Intimsphäre, stattdessen bevorzugen sie ein Leben auf der Straße oder übernachten bei Bekannten. Auf der Straße zu leben heißt aber auch: kaum Privatheit, wenig Schutz und Geborgenheit. Es bedeutet, keinen ruhigen Ort der Entspannung zu haben, sich weder zurückziehen noch Freunde einladen zu können. Ein Leben auf der Straße lässt nur eine begrenzte Selbstbestimmung

zu: Zu abhängig sind die Menschen von Wind und Wetter, von anderen Personen, von Öffnungszeiten oder schlicht von einem vorhandenen Ort zum Schlafen. Ein Leben auf der Straße bedeutet Stress, macht früher oder später krank. Obdachlosigkeit gilt daher auch als extremste Form von Armut.

Doch selbst die eigene Wohnung bietet nicht immer ausreichenden Schutz und Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Etwa wenn vom Partner oder von der Partnerin, von einem Elternteil oder dem Kind körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt ausgeht. In solchen Situationen bleibt manchmal nur die überstürzte Flucht mit dem Notwendigsten – etwa in ein Frauenhaus, eine Notunterkunft oder eben auf die Straße.

Wohnungs- oder Obdachlosigkeit stehen häufig am Ende eines schleichenden Verarmungsprozesses, der etwa mit einem Jobverlust oder einer Trennung beginnt. Es folgen nicht selten Suchtprobleme und psychische Erkrankungen. Zunehmende Zahlungsschwierigkeiten führen schließlich zum Verlust der Wohnung. Mit frühzeitiger Prävention kann dieser Abstiegsentwicklung begegnet werden.



„Als Familie mit drei Kindern hat man auf dem Kölner Wohnungsmarkt kaum eine Chance“

**Der fünfköpfigen Familie von Silvia Lessig, 29, wurde der Mietvertrag gekündigt – wegen Eigenbedarf. Bei der Suche nach einer neuen Bleibe musste sie erleben, wie angespannt der Wohnungsmarkt ist.**

Familie Lessig lebt mit ihren drei Kindern im Alter von zehn, sechs und vier Jahren im Kölner Stadtteil Braunsfeld. Dort bewohnen sie 82 Quadratmeter, verteilt auf drei Zimmer. Den Preis von 1 100 Euro Warmmiete kann die Familie gerade so aufbringen – Silvia Lessig macht eine Ausbildung zur Hebamme, ihr Mann arbeitet als Medientherapeut. Im vergangenen Sommer hat der Vermieter der Familie wegen Eigenbedarf gekündigt, bis Ende Mai 2020 müssen sie ausziehen. Seither sind die Lessigs auf Wohnungssuche. Ihr Fazit nach vielen belastenden Monaten: „Als Familie mit drei Kindern und normalem Gehalt hat man auf dem Kölner Wohnungsmarkt kaum eine Chance.“

Wie schwierig die Wohnungssuche mit drei Kindern sein kann, haben die Lessigs bereits fünf Jahre zuvor erlebt. „Ich war damals mit der jüngsten Tochter schwanger“, erzählt Silvia Lessig. „Wir wollten mit unseren drei Kindern in eine größere Wohnung nach Wuppertal ziehen, weil dort die Preise günstiger sind. Wir fanden eine schöne Vierzimmerwohnung, doch bekommen haben wir sie nicht.“ Der Vermieter habe es zwar nicht explizit gesagt, aber die Lessigs

glauben, dass er keine Kinder dort haben wollte. Auch im rechtsrheinischen Köln hatte die Familie eine Vierzimmerwohnung in Aussicht – bis zu einem Telefonat mit dem Vermieter: „Er sagt: Für Kinder ist die Wohnung nicht geeignet, ich stelle mir eher ein älteres Ehepaar vor“, erzählt die Mutter.

Dann kam alles anders: „Im letzten Frühjahr bekamen wir eine Mieterhöhung von rund 100 Euro. Doch weil es zu der Zeit hier viel Baulärm gab, haben wir nur eingeschränkt zugestimmt. Der Vermieter nahm das persönlich, das Verhältnis war seitdem angespannt“, sagt Silvia Lessig. Wenige Monate später kam die Kündigung wegen Eigenbedarf. „Wir haben überlegt und kamen zu dem Schluss, dass es am besten wäre, wenn wir die Kinder nicht aus ihrem Sozialraum, aus Schule und Kita herausreißen müssten.“ Außerdem wohnt Lessigs Mutter im Nachbarhaus. Sie unterstützt die Familie bei der Betreuung der Kinder.

Für die Lessigs begann ein Marathon: „Wir haben Suchprofile bei den Immobilienportalen im Internet eingerichtet, haben all unsere Kontakte angeschrieben, haben in





der Kita einen Aushang gemacht, auf dem Straßenfest und in der Viertelsbuchhandlung Flyer verteilt“, sagt Silvia Lessig. Auch alle Wohnungsbaugenossenschaften hat sie kontaktiert, doch dort bekam sie ebenfalls immer nur zu hören, dass nichts frei sei und dass es ohnehin kaum Vierzimmerwohnungen gebe. „Einmal habe ich eine Hausverwaltung angerufen, weil die gerade ein Dachgeschoss in Braunsfeld ausbauen. Der Verwalter ist am Telefon richtig unverschämt geworden, als er hörte, dass wir drei Kinder haben. Er hat mir das Gefühl gegeben, nach etwas Unverschämtem zu fragen.“ In einem anderen Fall kam die direkte Antwort: „Der Vermieter stellt sich eher eine Familie mit einem Kind vor.“

Also begannen die Lessigs, nach Alternativen zu suchen: „Wir dachten, wenn wir schon von hier wegziehen müssen, dann wenigstens mit einer Steigerung der Wohnqualität, vielleicht richtig ins Grüne.“ Doch auch im Umland machten sie die Erfahrung, dass entweder die Preise hoch sind oder die Erreichbarkeit schlecht ist. „Mein Mann arbeitet mitten in der Kölner Innenstadt, ich mache meine Ausbildung im Bergischen, muss einen Bahnanschluss in der Nähe haben, und auch die Oma muss uns weiter gut erreichen können.“ In ihrer Verzweiflung haben die Lessigs sogar überlegt, in Eigentum zu investieren. „Die Bank wäre bereit gewesen, uns 250 000 Euro zu leihen,

doch dafür bekommt man höchstens in der Eifel ein Haus, und das ist schwer zu erreichenden Gegenden.“

Silvia Lessigs Verzweiflung nahm zu: „Anfangs hatte ich noch die naive Vorstellung, dass einen die Stadt doch irgendwie unterstützen muss, wenn man als Familie mit drei Kindern auf einmal auf der Straße sitzt. Aber da gibt es wirklich gar keine Hilfe. Der Wohnberechtigungsschein bringt auch nichts. Er verlangt viel Bürokratie, und am Ende erfährt man, dass es kaum Sozialwohnungen gibt und schon gar nicht für Familien.“ Die ungeklärte Situation bedrückt die Familie: „Das Ganze hat meinen Mann und mich sehr belastet, wir haben uns immer wieder gefragt: Wo soll das nur hinführen?“

Gott sei Dank ist inzwischen eine Lösung in Sicht: Über viele Ecken erfuhr Silvia Lessig von einer leerstehenden Vierzimmerwohnung gleich um die Ecke. Mit regelrecht detektivischem Geschick machte sie die Besitzer ausfindig, ein Ehepaar aus dem Bergischen. „Die waren sehr freundlich. Und wir fanden es richtig krass, einmal keine Ablehnung zu erfahren.“ Die Wohnung ist so teuer wie ihre jetzige, in den nächsten Tagen soll die Familie den Schlüssel bekommen, die Freude ist riesig: „Wir sind sehr glücklich. Das ist das aller schönste Weihnachtsgeschenk.“

## Im Blickpunkt

# WOHNEN IM ALTER

Fast 18 Millionen Menschen in Deutschland sind 65 oder älter – die Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Mit zunehmendem Alter verbringen Menschen statistisch mehr Zeit in ihren eigenen vier Wänden – sei es aus gesundheitlichen Gründen oder weil die Menschen das Arbeitsleben hinter sich haben und weniger aus dem Haus gehen. Damit werden eine wohnungsnahe medizinisch-pflegerische Versorgung sowie barrierearmes Wohnen bedeutsamer, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Anfang der 90er-Jahre lebte eine von fünf Personen über 65 Jahre in einer Wohnung, die nicht angemessen, also zum Beispiel zu teuer war. 2017 waren es schon zwei von fünf Personen. Und die Mieten steigen schneller an als die Altersbezüge (Renten). Insbesondere ältere Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen. Sie leben häufiger in nicht barrierefreien Wohnungen. Etwa zwei Drittel aller älteren Miethaushalte müssen mindestens 30 Prozent des Einkommens für Miete aufwenden. Bei älteren Frauen ab 65 Jahren entfallen sogar 35 Prozent des Einkommens auf die Miete. Problematisch an dieser Situation ist, dass die Wohnsituation in Fällen hoher Mietbelastung und geringen Einkommens kaum ver-

änderbar ist, denn fehlendes Einkommen kann im Alter kaum mehr revidiert oder aufge bessert werden. Die Betroffenen schränken sich meist zunehmend in ihrem persönlichen Konsumverhalten ein. Es drohen Isolierung und gesundheitliche Auswirkungen, weil etwa Medikamente nicht mehr gekauft werden können. In der Altersgruppe der über 65-Jährigen können deshalb schon geringfügige finanzielle Mehrbelastungen – etwa durch Krankheit, defekte Haushaltsgeräte, ÖPNV-Mehrkosten – zum Verlust der Wohnung führen.

Notwendig ist eine veränderte Alterssicherungspolitik, um problematische gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu verhindern. Menschenwürdiges und bedarfsgerechtes Wohnen in der gewünschten oder gewohnten Umgebung muss auch für einkommensarme Menschen im Alter möglich und bezahlbar sein. Der Erhalt von Selbstbestimmung und Lebensqualität erfordert:

- die Schaffung von bezahlbarem, barrierearmem Wohnraum für mobilitätseingeschränkte Menschen,
- den Bau von mehr Sozialwohnungen,
- die effektive Anpassung des Wohngeldes an aktuelle Entwicklungen,
- eine vereinfachte Bürokratie, etwa bei Wohngeldanträgen,
- den Erhalt und die ausreichende Finanzierung der über Pflegekassen und Kommunen finanzierten Wohnberatungsstellen,
- eine intakte Infrastruktur mit Geschäftsfreizeitanlagen und einer medizinisch-pflegerischen wohnortnahen Versorgung.

<sup>5</sup> Deutscher Alterssurvey in: DIW Wochenbericht Nr. 27, 2019, S. 471

<sup>6</sup> Deutscher Alterssurvey in: DIW Wochenbericht Nr. 27, 2019, S. 468 ff.

<sup>7</sup> [www.dza.de/forschung/fws/anstieg-der-altersarmut](http://www.dza.de/forschung/fws/anstieg-der-altersarmut); Zugriff 15. November 2019

## „Ich fühle mich wie weggeschlossen“

Für Günter Maleski aus Essen bedeutet Armut vor allem eines: das Gefühl, allein zu sein.

Anfang November in Köln: Der goldene Herbst ist längst vorbei, und ein eisiger Wind pfeift durch den Stadtgarten unweit des angesagten Belgischen Viertels. Sogar durch das dicke Gemäuer der Pfarrkirche St. Alban ist er noch zu spüren. Auch bei Günter Maleski, dem Neuling beim heutigen Caritas-Treffen für Menschen mit Armutserfahrung. Er setzt sich auf einen Stuhl aus sakralem Massivholz und reibt sich wärmend die Hände. „Früher war ich bei so einem Wetter immer in der Sauna. Heute? Kannste vergessen! 18,50 Euro für vier Stunden – viel zu viel Geld.“

Der 67-Jährige kommt aus Essen. Im Ruhrgebiet redet man gewöhnlich so, ohne Tamtam. Jede oder jeder weiß sofort, woran er ist. Günter Maleski weiß das auch. Dem Rentner bleiben jeden Monat 250 Euro zum Leben, viel zu wenig. Er ist zusätzlich auf Stütze vom Amt angewiesen. „Extrawürste gibt's bei mir nicht. Ich schaue, dass ich über die Runden komme“, sagt Maleski. Er wirkt angeschlagen und spricht leise. Ein Herzinfarkt und ein Schlaganfall hinterließen körperliche Spuren. Kleinere Mini-Jobs, um die Rente ein wenig aufzupolieren, kann er seitdem nicht mehr annehmen.

Doch die Luft zum Atmen nimmt Maleski nicht nur der malade Körper, sondern vor allem auch die Angst, dass er sich sein Leben in Zukunft nicht mehr leisten kann. „Ich sehe immer mehr Menschen, die im Abfall wühlen, um zu überleben – der absolute Horror für mich“, sagt er. Einmal sei er auch durch die Essener Innenstadt gezogen, um Pfandflaschen und -dosen zu sammeln – heimlich im Dunkeln. „Tage-lang habe ich mich dafür geschämt.“

Es gab auch andere, bessere Zeiten. Maleski hat früher bei Krupp im Essener Stahlwerk gearbeitet. Sogar bis zum Vorarbeiter hat er es dort geschafft. Zum 25. Dienstjubiläum bekam er eine goldene Uhr – und mit ihr gleich die Kündigung. Der Anfang vom persönlichen Niedergang: Maleski fand mit Mitte 40 keine neue Anstellung mehr, bezog zunächst Arbeitslosengeld, dann Hartz IV und war mit 63 Jahren Rentner. Seine Ehe ging in der Zwischenzeit in die Brüche. Die Kinder Lena und Mathias kamen nach der Scheidung zur Frau, ein schmutziger Rosenkrieg mit der Ex-Gattin obendrauf.

Heute hat Maleski so wenig Geld zur Verfügung, dass er jeden Mittwoch zur



Tafel am Essener Wasserturm geht: Milch, Brot, Gemüse oder Obst holt er sich dort ab. Ans Schlangestehen mit den anderen hilfesuchenden Menschen hat er sich längst gewöhnt, an andere Begleitumstände seines täglichen Lebens aber noch lange nicht. „Die Armut macht sich schleichend in deinem Leben breit. Essen gehen, Ausflüge, Sportverein: Ich kann mir Gesellschaft einfach nicht mehr leisten und bleibe deshalb oft allein zu Hause. Ich fühle mich wie weggeschlossen“, sagt Maleski.

Freunde seien ihm ganz wenige geblieben. Der Grund ist genauso einfach wie traurig: Die allerwenigsten können Verständnis für seine Situation aufbringen: „Ein armer Freund passt einfach vielen nicht ins Konzept. Oft höre ich Dinge wie ‚Streng dich doch ein bisschen an‘ oder ‚Du hättest einfach mehr arbeiten sollen‘ und werde so als Nichtsnutz abgestempelt und ausgegrenzt. Das tut mir sehr weh.“ Irgendwann war es Maleski dann einfach leid, immer wieder gegen diese und ähnliche Vorurteile anzukämpfen. „Lieber allein als in schlechter Gesellschaft“ ist seither sein Motto. Das heißt aber auch, dass der Tisch in seiner Essener Wohnung mit Menschen, die es gut mit ihm meinen, oft sehr spärlich besetzt bleibt.

Sich mit anderen Betroffenen auszutauschen, das tut Maleski augenscheinlich gut. Was er mit nach Hause nehme, sei neben der Hoffnung auf eine bessere Zukunft vor allem die Solidarität von und mit anderen. Aber auch die gezielte Anleitung, die eigene Situation zu analysieren und zu verbessern: Wo drückt der Schuh am meisten? Welche Möglichkeiten stellt der Gesetzgeber zur Verfügung? Wie kann ich Bürgerbeteiligung am sinnvollsten nutzen? Angehört werden, Tipps bekommen, das alles hilft gegen Stille und Stillstand: „Wir müssen kämpfen, damit unser Staat sich mehr für Menschen wie uns interessiert und besonders denjenigen in unserer Gesellschaft Hilfestellung anbietet, denen es nicht gut geht“, fordert der Rentner.

In zwei Wochen hat Günter Maleski Geburtstag. Große Geschenke erwartet er weder vom Staat noch von anderen. Deshalb macht er sich in diesem Jahr selbst eines: Er wird in die Sauna gehen – für 18,50 Euro. Das leistet er sich ausnahmsweise: „Die Wärme, der Geruch, das Abschalten vom Alltag: Das werde ich vier Stunden lang in vollen Zügen genießen – egal, was da noch kommt.“

## „Es muss viel mehr bezahlbaren Wohnraum geben“



**Ilse Kramer aus Köln ist sich sicher: Sogar die Mittelschicht könne sich in der Domstadt keine Wohnung mehr leisten.**

Ilse Kramer, 63, lebt in einem Haus der „Initiative Bauen Wohnen Arbeiten“ (IBWA), eines Projektes für arbeitslose und ehemals wohnungslose Menschen im Kölner Stadtteil Ossendorf. Ihr ganzes Leben war sie politisch aktiv, hat das Thema „bezahlbares Wohnen“ zu ihrem gemacht. Schon in den 70er-Jahren war sie bei Hausbesetzungen dabei, heute engagiert sie sich in der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen und im Armutsnetzwerk. Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung Köln schreibt sie regelmäßig und hat den Sozialdezernenten auch schon zu Gesprächen getroffen. Denn auf dem Wohnungsmarkt liege vieles im Argen, findet sie. „Es muss viel mehr bezahlbaren Wohnraum geben. Eine Wohnung zu finden, ist längst nicht mehr nur ein Problem für Geringverdienende, auch Krankenpflegepersonal, Erzieherinnen und Erzieher oder Polizistinnen und Polizisten können sich in Städten keine Wohnung mehr leisten.“

Ilse Kramer weiß, wie es ist, wohnungslos zu sein – und wie schnell das gehen kann. Nachdem sie 2002 ihren Job verloren hatte, versuchte sie sich ohne viel Erfolg mit der Gründung einer Ich-AG, schließlich wurde ihr das Konto gekündigt, und am Ende stand

der Verlust der Wohnung. „Ich kam mal hier, mal dort unter, habe aber nie auf der Straße gelebt“, erzählt die 63-Jährige. Sie wurde schließlich in einer Wohngemeinschaft der Diakonie in Köln-Dünnwald untergebracht. „Es ist ein Unterschied, ob man freiwillig in eine WG zieht oder ob man dazu gezwungen ist“, sagt Ilse Kramer. „Ich wusste ziemlich schnell, dass ich dort nicht bleiben konnte.“ Schon damals hatte sie sich auf eine Wohnung im Projekt „Initiative Bauen Wohnen Arbeiten“ beworben. Doch es gab gerade keine, die Warteliste ist immer lang.

Die Initiative wurde gegründet, um wohnungslosen und langzeitarbeitslosen Menschen Beschäftigung und Wohnraum zu geben und soziale Ausgrenzung zu verhindern. Auf einem ehemaligen Kasernengelände gibt es inzwischen zahlreiche geförderte Wohnungen, die unter anderem an kinderreiche Familien vermietet werden, an Alleinerziehende, Geringverdienende, Studierende oder Seniorinnen und Senioren. Zusätzlich gibt es Bauwagen und Gartenhäuschen, um Menschen, die auf der Straße gelebt haben, wieder an das Leben mit einem Dach über dem Kopf zu gewöhnen. Rund 140 Menschen leben hier, darunter viele Kinder.

Ilse Kramer fand seinerzeit zunächst eine kleine Wohnung in Köln-Ehrenfeld, 16 Quadratmeter für 400 Euro. Und schließlich, vor rund dreieinhalb Jahren, klappte es endlich mit einer Wohnung. Hier hat sie die doppelte Quadratmeterzahl und zahlt 240 Euro Miete. Für die 63-Jährige, die mit wenig Geld auskommen muss, da sie wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen nur wenige Stunden in der Woche putzen gehen kann und mit Geld vom Jobcenter aufstockt, ist das ein großer Gewinn. „Ich finde es toll, dass hier so viele verschiedene Menschen zusammenleben: Alt und Jung, verschiedene Nationalitäten, Menschen, die normal arbeiten, und andere, die vielleicht noch nie gearbeitet haben.“

Ihr Engagement für das Thema „bezahlbares Wohnen“ ist ungebrochen, ob in der „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ oder im Armutsnetzwerk. „Was mich besonders wütend macht, ist die Tatsache, dass immer mehr ältere Menschen, Frauen, aber auch Familien keine Wohnung mehr finden“, sagt Ilse Kramer. „Wo sollen die denn hingehen? Es gibt doch kaum vernünftige Unterbringungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen – geschweige denn für Alleinerziehende mit Kindern oder für Familien.“ Hausbesetzungen befürwortet die 63-Jährige als Mittel des Protests nach wie vor. „Aber man muss vorsichtig sein,

dass man nicht das Gegenteil von dem erreicht, was man eigentlich will, zum Beispiel, wenn Häuser geräumt und so verschlossen werden, dass man gar nicht mehr reinkommt.“ Regelmäßig schreibt sie Briefe an das Wohnungsamt der Stadt Köln, legt die Finger in die Wunden und benennt zum Beispiel leerstehende Häuser – ein Unding, findet sie. „Früher habe ich immer ganze Listen von Objekten geschickt. Das mache ich heute anders. Heute beziehe ich mich konkret auf einzelne Häuser, das ist viel effektiver.“ Ein anderes Thema, das sie aufregt: die wachsende Zahl von Wohnungen, die zu Ferienwohnungen werden. „Wenn man sich überlegt, dass es offiziell 8 000 Wohnungen gibt, die als Ferienwohnungen registriert sind, und auf der anderen Seite geschätzt etwa 8 000 wohnungslose Menschen in der Stadt, ist das schon heftig.“

Was wünscht sich Ilse Kramer von der Politik: „Erst einmal, dass viel mehr gebaut wird, vor allem sozial geförderte Wohnungen. Und ganz allgemein wäre mein Wunsch, dass alle in der Gesellschaft etwas abbekommen müssten vom Kuchen. Es ist schließlich genug für alle da. Es müsste ein gesundes Umverteilen in der Gesellschaft geben, dass am Ende nicht alles nur bei ein paar Prozent der Reichen hängen bleibt.“

# 5

## RAUS AUS DER WOHNUNGSNOT: SOZIALEN WOHNUNGSBAU ERMÖGLICHEN, MIETSCHULDEN REGULIEREN, REGELSATZ BEDARFSGERECHT BERECHNEN, BÜROKRATIE ABBAUEN, VORSCHRIFTEN UND GESETZE ÜBERPRÜFEN

**Verbände und Expertinnen und Experten in eigener Sache machen Vorschläge zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut.**

Wohnungsnot und Armut müssen nicht sein – was es dazu braucht, sind politische Entschlossenheit, Mut und Expertise. Letztere stellen die Freie Wohlfahrtspflege und auch die Expertinnen und Experten in eigener Sache immer wieder unter Beweis. Das tun sie, indem sie nicht aufgeben, der Politik Wege und Lösungen aus Wohnungsnot und Armut aufzuzeigen.

Leider ist immer wieder festzustellen, dass gute Ideen im Diskussionsprozess zerredet und mit Hinweisen auf Richtlinien, Kosten oder fehlende Verantwortlichkeit

versehen werden. Eine Weiterentwicklung von Ideen, die grundlegend oder auch im Einzelfall vielen Menschen helfen würden, wird somit unmöglich gemacht. Dies schürt Zweifel am tatsächlichen Willen von Politik und Behörden, Wohnungsnot weitestgehend zu vermeiden.

Dabei könnte ein systematischer Austausch von Ämtern, Vermietenden, Immobilienfachleuten und Verbänden in den Kommunen für mehr Aufmerksamkeit sorgen und hilfreich sein, wenn es um zeitnah umsetzbare Lösungen geht. Des Weiteren ist eine zentrale Anlaufstelle in Kommunen oder Kreisen denkbar, die Menschen in Wohnungsnot oder bei drohendem Wohnungsverlust eng begleitet. Damit kann durch Mietschuldenregulie-

rung, alternative Zahlungen durch das Jobcenter oder Gespräche mit der Vermieterin oder dem Vermieter der Wohnungsverlust häufig vermieden werden. Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und Gesetzeslücken könnten hier registriert und gebündelt und entsprechende Hinweise an Land und Kommunen weitergegeben werden.

Um Wohnungsnot und Wohnungsverlust zu vermeiden, bedarf es verschiedener Maßnahmen, die es zu verknüpfen gilt. Einzelmaßnahmen, wie sie in der Vergangenheit auch zum Beispiel bei der Kältehilfe zu beobachten waren, sind häufig öffentlichkeitswirksam und können akut helfen, bekämpfen aber letztlich nicht die Ursachen.

Notwendig ist eine Verständigung darauf, dass die Vermeidung des Wohnungsverlustes oberstes Prinzip sein muss. Damit würde auch das Menschenrecht auf Wohnen bestmöglich umgesetzt werden.

Was es bedeutet, keine Wohnung zu haben oder vom Verlust einer Wohnung bedroht zu sein, und welche psychische und physische Belastung damit verbunden ist, das haben die Lebensgeschichten im Bericht der Freien Wohlfahrtspflege deutlich gemacht.

### Politik und Behörden müssen die Weichen stellen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Damit darf Wohnraum auch keine marktwirtschaftliche Spekulationsgröße sein, die für wenige Profit bedeutet und für viele ein Leben am Existenzminimum. Auch hierfür bedarf es einer klaren Positionierung der Politik.

Zum Wohnen gehört allerdings auch, die Wohnung einrichten und darin leben zu können. Für diejenigen, die von Sozialleistungen wie Hartz IV leben müssen, reicht die Unterstützung derzeit nicht aus. Dadurch ist eine faire Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich. Um den Regelsatz an den tatsächlich nötigen Betrag anzupassen, fordert die Freie Wohlfahrtspflege NRW von der Landesregierung, dass sie sich für eine Änderung der Berechnungsgrundlage auf Bundesebene einsetzt.

Häufig hängt Wohnen und damit gesellschaftliche Teilhabe davon ab, ob Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen überhaupt bekannt sind. Hier spielt die Kommunikation mit den Ämtern eine entscheidende Rolle, denn für viele Menschen stellen bürokratische Sprache und Nichtwissen eine erhebliche Barriere dar. Deswegen müssen amtliche Schreiben eine verständliche Sprache haben. Eine Übersetzung in sogenannte Leichte Sprache würde Ankündigungen, Verwaltungsschreiben oder Internetinformationen für alle verständlich machen. Die Ämter sollten Rückfragen ihrer Kundschaft freundlich und serviceorientiert beantworten und im Einzelfall aufsuchende Beratung anbieten.



## WOHNUNGSMARKT

Traumtänzer die da sind  
Leben hinterm Mond geschwind  
Mit dem miserablen Wohnungsmarkt  
Geht's seit Jahren nur bergab.

Bezahlbare Wohnungen haben radikal abgenommen  
Doch dies haben sie noch nicht mitbekommen  
Die Mehrheit der Bürger hat wenig Geld  
Dies dem gierigen Vermieter nicht gefällt.

Mit der Geldtreiberei geben sie keine Ruh'  
Es wird stetig schlimmer im Nu  
Erstaunlich, dass nur die Vermieter hier agieren  
Frage ist, ob sie auch unser Land regieren.

Die Politik, angeblich steht sie dem Bürger nah  
Doch kommt's drauf an, ist sie nicht für ihn da  
Wichtig ist, dass das Geld regiert  
Die Mehrheit sie nicht wirklich interessiert.

Was für eine Entwicklung ist das bloß?  
Immer mehr Menschen werden dadurch obdachlos  
Da hilft kein Jammern, Weh und Ach  
Wenn die Politik nicht wird wach.

Von **Gisela Breuhaus**

## „Komfortabel einrichten – das kommt für mich nicht infrage!“

16 Jahre Familienpflegezeit, Hilfe vom Amt, körperlich gehandicapt im Rollstuhl: Die Vorzeichen meinen es scheinbar nicht gut mit **Gisela Breuhaus** (Verfasserin des Gedichts). Doch mit traurigen Realitäten gibt sich die Rentnerin nicht zufrieden. „Ich könnte viel jammern: über meine Situation oder über die fehlende Unterstützung durch die Politik. Nein! Das ist nicht meine Art. Ich kämpfe, wo ich nur kann.“ So trifft man Breuhaus regelmäßig bei den „Menschen mit Armutserfahrung“. Denn der 71-Jährigen ist vor allem Vernetzung wichtig – mit anderen Betroffenen, aber auch mit denen, die die Entscheidungen treffen: „Ohne die schaffst du es nicht raus aus der Misere.“

Mehr politische Mitbestimmung, faire Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, bedarfsgerechte Unterstützung: Breuhaus kämpft für alles, was die tägliche Situation erleichtert. Dafür verlässt sie seit vielen Jahren immer wieder – auch wenn es ihr durch die körperlichen Einschränkungen schwerfällt – ihre Wohnung in Wachtenberg bei Bonn und holt sich Rat von Expertinnen und Experten, spricht mit Politikerinnen und Politikern. „Komfortabel einrichten – das kommt für mich nicht infrage!“



## Impressum

**Herausgeber:**

Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen (LAG FW NRW)  
c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln  
Georgstr. 7, 50676 Köln  
Tel.: 0221 - 20100  
[www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

**Redaktion:**

Arbeitsausschuss Armut und Sozialberichterstattung der LAG FW NRW  
Dr. Frank Johannes Hensel, Michaela Hofmann, Markus Harmann,  
Marco Eschenbach, Barbara Allebrodt

**Dank an:**

Gisela Breuhaus, Ilse Kramer, Silvia Lessig, Theresa Lindhurst, Günter Maleski,  
Benjamin Marx, Thomas Plaßmann, Jürgen Schneider, Angelika Zwering

**Bildnachweise:**

Barbara Allebrodt, Barbara Bechtloff, Markus Harmann,  
Martin Karski, Thomas Plaßmann